

## Urteil gegen Monsanto

Nachdem im vergangenen Oktober in Den Haag das «Internationale Monsanto-Tribunal» durchgeführt wurde, ein ausserordentliches Meinungsgericht, geschaffen von einer zivilgesellschaftlichen Initiative, hat nun das fünfköpfige RichterInnenengremium am 18. April sein Rechtsgutachten vorgestellt.

Das Tribunal hatte die Aufgabe, Tätigkeiten des US-amerikanischen Multis Monsanto, eines der grössten Saatgut- und Pestizidkonzerne weltweit, juristisch zu untersuchen. Die RichterInnen hörten 30 ZeugInnen aus fünf Kontinenten an. In ihrem Rechtsgutachten kommen sie nun einstimmig zum Schluss, dass die Praktiken des Konzerns die Rechte auf Nahrung, Gesundheit und eine gesunde Umwelt verletzen.

Weiter weisen die RichterInnen darauf hin, dass die Kluft zwischen den universalen Menschenrechten und der Firmenverantwortlichkeit stetig grösser wird. Sie empfehlen den Vereinten Nationen dringend, Massnahmen zu ergreifen, damit die Rechte der Menschen und der Umwelt nicht durch Freihandelsverträge ausser Kraft gesetzt werden. Ebenfalls sprechen sie sich dafür aus, dass Klagen gegen Unternehmen vor dem Internationalen Strafgerichtshof möglich werden sollen.

Gegen die Macht der Saatgutkonzerne wurde Ende Mai auch auf den Strassen demonstriert: An zahlreichen Orten der Welt fand der «March against Monsanto» statt, in Basel der «March against Monsanto und Syngenta», der sich auch gegen die Machenschaften des dort ansässigen Agrarkonzerns Syngenta richtete.

SOLIFONDS  
Quellenstrasse 25  
Postfach  
CH-8031 Zürich  
Tel. 044 272 60 37  
mail@solifonds.ch  
www.solifonds.ch  
PC 80-7761-7  
IBAN CH52 0900 0000 8000 7761 7

## Kolumbien während des Friedensprozesses

# Soziale Bewegungen kämpfen für Partizipation



Klares Nein zu Mega-Goldmine. Die Bevölkerung feiert ihren Abstimmungserfolg.

Bild: Viviana Sánchez

Der 26. März war ein wichtiger Moment im Kampf gegen den Extraktivismus. Die Bevölkerung des Dorfes Cajamarca in Kolumbien erteilte an diesem Tag der forcierten Bergbaupolitik der Zentralregierung eine Abfuhr. In einer Volksbefragung über eine gigantische Goldmine, die in ihrer Gemeinde eröffnet werden soll, legten 98 Prozent der Stimmenden ein Nein in die Urne.

Für viele Bauern und Bäuerinnen der Gemeinde ist klar, dass die Goldmine in erster Linie Umweltzerstörung, Wasserverschmutzung, Vertreibung und ein Ende der Landwirtschaft bringen würde. Ein hoher Preis, damit ein privater Konzern Berge abtragen und 26 Millionen Unzen Gold exportieren kann.

Mit der Abstimmung über die Mine hat die Bevölkerung Cajamarcas gezeigt, dass Partizipation erkämpft werden kann und dass sie ein Recht auf Mitbestimmung haben muss, wenn es um ihren Lebensraum und um ihre Zukunft geht.

Dies ist in der aktuellen Situation entscheidend. Während die Regierung von Frieden spricht und ein Friedensabkommen mit der Guerilla FARC-EP geschlossen hat – das die Regierung selbst allerdings nur teilweise umsetzt –, treibt sie gigantische Bergbau- und Energieprojekte voran. Dass damit gewaltsame Vertreibungen und Landkonflikte programmiert sind, wird ausgeblendet.

Während des laufenden Friedensprozesses hat paramilitärische Gewalt in Kolumbien alarmierende Ausmasse angenommen. Zwischen Januar und Ende April dieses Jahres sind 33 Führungspersonen von sozialen Bewegungen ermordet worden. Betroffen von Gewalt und Todesdrohungen sind insbesondere Organisationen, die sich für die Umsetzung des abgeschlossenen Friedensabkommens sowie für Partizipation der Bevölkerung im Friedensprozess einsetzen. Die Regierung negiert derweil die Existenz von Paramilitärs. Gleichzeitig haben Behörden eine neue Welle der Kriminalisierung sozialer Bewegungen gestartet.

Mit der aktuellen Spendenaktion unterstützt der SOLIFONDS Basisbewegungen in Kolumbien in ihrem Kampf für Mitbestimmung und gegen ihre Kriminalisierung.

## **Solidaritätskarawane gegen sexualisierte Gewalt**

Während des Friedensprozesses in Kolumbien hat paramilitärische Gewalt ein alarmierendes Ausmass angenommen. Paramilitärs machen ihre Präsenz in Gebieten deutlich, die bis vor kurzem von der Guerilla FARC-EP kontrolliert waren. Morde, Übergriffe und Drohungen gegen Führungspersonen sozialer Bewegungen haben zugenommen.

Anfang März wurde eine Aktivistin einer Bauernbewegung entführt, misshandelt und sexuell missbraucht. Mit dem grausamen Übergriff sollte Druck auf Marylén Serna, Sprecherin des Congreso de los Pueblos, ausgeübt werden, der die Aktivistin nahesteht und über die sie ausgefragt wurde.

Frauen aus den sozialen Bewegungen und Bauernorganisationen führen als Antwort darauf eine Solidaritätskarawane durch. Statt sich von der Gewalt lähmen zu lassen, machen sie mit der Karawane Formen sexualisierter Gewalt sichtbar und fordern ein klares Vorgehen der staatlichen Behörden dagegen. Gleichzeitig zeigen sie sich mit dieser Aktion mit den von Gewalt betroffenen Frauen solidarisch.

## **Gedenktag für die Verschwundenen**

Derweil hat Movice, Bewegung der Opfer von Staatsverbrechen in Kolumbien, während der internationalen Woche für verschwundene Personen ein Treffen von Angehörigen von Verschwundenen in Cali organisiert. Zwischen 1970 und 2015 sind in Kolumbien gemäss dem Nationalen Zentrum für das historische Gedächtnis 60'630 Personen gewaltsam verschwunden. Mit anderen Worten: An jedem Tag verschwanden mindestens drei Personen auf gewaltsame Weise. Verantwortlich für diese grausame Praxis waren in den weitaus meisten Fällen staatliche Sicherheitskräfte oder von ihnen protegierte Paramilitärs.

An dem Treffen wurden die Angehörigen darüber informiert, was für Möglichkeiten das Dekret 589 – Resultat aus dem Friedensabkommen zwischen FARC-EP und Regierung – enthält, nach Verschwundenen zu suchen. Damit soll die Partizipation der Opferfamilien innerhalb des hochkomplexen Systems für Wahrheitsfindung, Gerechtigkeit, Entschädigung und Nichtwiederholung gestärkt werden. Am Folgetag wurde auf einem zentralen Platz in Cali ein Gedenktag für die Verschwundenen organisiert.



Seit langem forderte die Bevölkerung in Cajamarca eine Volksbefragung.

Bild: Viviana Sánchez

## **Ein Dorf in Kolumbien wehrt sich gegen eine gigantische Goldmine**

Der 26. März war ein historischer Tag in der Gemeinde Cajamarca im Departement Tolima. Bereits früh morgens und trotz heftiger Regenfälle standen Bauern und Bäuerinnen Schlange, um über die geplante Megagoldmine La Colosa abzustimmen. Die sozialen Bewegungen hatten mit ihrem hartnäckigen Kampf erreicht, dass eine Abstimmung zu diesem Bergbauprojekt durchgeführt werden musste.

Seit vierzehn Jahren plant der südafrikanische Konzern AngloGold Ashanti, in der Gemeinde Cajamarca in der bergigen Region im Zentrum Kolumbiens eine der weltweit grössten Tagebau-Goldminen zu öffnen, und hat mit Probebohrungen begonnen. Für die Mine müssten geschätzte hundert Millionen Tonnen Aushubmaterial zwischen den Bergen aufgeschüttet werden, für die Giftschlacke soll eine Staumauer mit einer Höhe von 250 Metern errichtet werden. Teile der Mine würden in einem geschützten Hochmoor zu liegen kommen, wichtige Wasserquellen wären betroffen. Ein Leck im Rückhaltebecken – in der erdbebengefährdeten Zone nicht auszuschliessen – hätte verheerende Folgen für die Trinkwasserversorgung der Departementshauptstadt Ibagué.

Seit Informationen zum La-Colosa-Projekt bekannt geworden sind – Jahre nach den ersten Probebohrungen –, wehren sich Bauern und Bäuerinnen sowie UmweltaktivistInnen dagegen. Bauernfamilien mussten feststellen, dass auf ihrem Land bereits Minentitel an den Konzern vergeben worden waren. Die Bäuerin Olga Castro hält fest: «Die Mine würde unser Wasser verschmutzen. Dieses macht den eigentlichen Reichtum unserer Region aus und ist die Grundlage unseres Lebens und für die Produktion von Nahrungsmitteln für die ganze Region.»

### **Sabotageakte der BergbaubefürworterInnen**

Am Abstimmungstag in Cajamarca unternahmen BergbaubefürworterInnen alles, um die Menschen von den Urnen fernzuhalten: Mit Telefonnachrichten wurde der Bevölkerung weisgemacht, dass die Abstimmung aufgrund der Regenfälle sistiert worden sei, AnwohnerInnen erhielten Geld, wenn sie auf ihre Stimmabgabe verzichteten, MinenkritikerInnen wurden als Guerilla-UnterstützerInnen diffamiert. Auch wurden nur wenige Wahltsche eingerichtet; hätten alle 16'000 AnwohnerInnen abstimmen wollen, wäre für Abgleich der Identität, Fingerabdruck und Stimmabgabe pro Person lediglich knapp eine Minute Zeit geblieben – eine fast unmögliche Vorgabe. Trotz aller möglichen Sabotageakte wurde die nötige Stimmenzahl erreicht und die Abstimmung brachte ein deutliches Resultat: 98 Prozent der Stimmenden lehnten die Mine ab. Gerade mal 76 von 6'296 Stimmenden waren dafür. Eine herbe Niederlage für AngloGold Ashanti und die Zentralregierung.

Gleich nach dem Urnengang liess der Minenminister jedoch verlauten, dass die Abstimmung keine Auswirkung auf das Minenprojekt habe. Obwohl das Verfassungs-





Am 26. März standen die Menschen schon früh an, um abzustimmen.

Bild: Yvonne Zimmermann

gericht im vergangenen Jahr solche Entscheide als verbindlich erklärt hat, setzen die Zentralregierung und Bergbauunternehmen alles daran, die Wirkung des Volksentscheids zu minimieren.

Der Konzern AngloGold Ashanti hat bekannt gegeben, dass er die Explorationen auf Eis lege, bis Sicherheiten betreffend Minenaktivitäten bestünden. Allerdings macht er keine Anstalten, die Minentitel – Grundlage für die Probebohrungen – zurückzugeben oder sein Bemühen um eine Abbaulizenz ganz einzustellen. Vielmehr präsentiert er sich als Opfer einer unberechenbaren Politik und rechnet vor, dass der kolumbianischen Gesellschaft Arbeitsstellen und Abgaben des Konzerns verloren gingen. Keine Rede ist von den Tausenden KleinbäuerInnen, die durch die geplante Mine ihren Lebensunterhalt verlieren würden. Oder davon, dass Armut in denjenigen Regionen Kolumbiens am ausgeprägtesten ist, die am stärksten vom Bergbau betroffen sind.

Für die Basisorganisationen geht es nun darum, dass das Abstimmungsresultat von Cajamarca als verbindlich anerkannt und das Megaprojekt La Colosa nicht umgesetzt wird. Im Juni organisieren soziale Bewegungen, zusammengeslossen im «Comité Ambiental por la Defensa de la Vida», eine kreative, karnevaleske Grossmobilisierung in der Departementshauptstadt Ibagué mit gleichzeitigen Demonstrationen in zahlreichen weiteren Ortschaften. Bereits zum 9. Mal wird dieser «Karnevalsmarsch für die Verteidigung des Wassers, des Lebens und des Territoriums» durchgeführt, dieses Jahr mit Unterstützung durch den SOLIFONDS. Die Grossmobilisierung fordert das Recht der Bevölkerung auf Mitbestimmung, insbesondere muss das Abstimmungsresultat von Cajamarca respektiert werden und der Minenkonzern AngloGold Ashanti muss das Projekt der Mega-Goldmine ad acta legen.

### «Demokratie ist mehr wert als Gold» – für Mitbestimmung der Bevölkerung

Die kolumbianische Regierung hat seit einigen Jahren Mega-Bergbau- und Energieprojekte zu ihrer Wirtschaftslokomotive erklärt, mit der Folge, dass 2015 bereits mehr als 9'500 Minentitel auf rund 51'000 Quadratkilometern vergeben waren. Im Departement Tolima sind auf 70 Prozent des Territoriums Minentitel erteilt oder beantragt worden – ohne dass die dortige Bevölkerung informiert, geschweige denn konsultiert worden wäre.

Die Abstimmung in Cajamarca hat aufgezeigt, dass Partizipation erkämpft werden kann. Und sie hat damit einen wichtigen Prozess in Gang gesetzt: Zahlreiche weitere, von bestehenden oder geplanten Minen beziehungsweise von Energieprojekten betroffene Gemeinden werden in der kommenden Zeit Volksabstimmungen durchführen, um auf diese Weise ihre Ablehnung kundzutun. Gleichzeitig zeigen die Gemeinden auf, dass Alternativen zur forcierten Bergbaupolitik der Regierung sehr wohl möglich sind. Dies setzt aber voraus, dass sich die Wirtschaft auf die Menschen, nicht auf Konzerne ausrichten muss.

### Soziale Bewegungen gegen Kriminalisierung

Am 22. März um 3 Uhr früh wurden in der Region Sur de Bolívar über 150 Polizisten und Militärangehörige losgeschickt, die «Operation Centauro» begann. Zahlreiche Razzien wurden durchgeführt, ein Dutzend Personen festgenommen und in den Medien als «mutmassliche Unterstützer der Guerilla ELN» vorgeführt. Bei drei der Verhafteten handelt es sich um in der Region bekannte Führungspersonen sozialer Bewegungen.

Als die Staatsanwältin kurz darauf forderte, dass die Festgenommenen hinter Gitter gehörten, weil von ihnen eine Gefahr für die kolumbianische Gesellschaft ausgehe, wurde die politische Motivation der Verhaftungen deutlich. Im Fall der Menschenrechtsverteidigerin Milena Quiroz Jiménez wurde dies damit begründet, dass sie an Demonstrationen teilgenommen habe und mehreren Organisationen angehöre, die Teil des breiten Zusammenschlusses sozialer Bewegungen «Cumbre Agraria, Campesina, Étnica y Popular» sind.

Für die sozialen Bewegungen ist klar, dass dieses Vorgehen eine weitere Stufe der Kriminalisierung einleitet, mit der sie geschwächt werden sollen. Dies ist im aktuellen Moment insbesondere von Bedeutung, weil sich die sozialen Bewegungen aktiv in den Friedensprozess einbringen und diesen mitgestalten wollen. Im Fokus steht insbesondere der Congreso de los Pueblos, ein Zusammenschluss sozialer Bewegungen in Kolumbien, der sich für die Partizipation der Bevölkerung im Friedensprozess einsetzt.

Aktuell geht der Congreso de los Pueblos juristisch und mit einer Öffentlichkeitskampagne gegen die Kriminalisierung sozialer Führungspersonen vor. Wie gefährlich eine Stigmatisierung durch Behörden und Sicherheitskräfte ist, die behaupten, dass soziale Führungspersonen, GewerkschafterInnen oder MenschenrechtsverteidigerInnen der Guerilla angehörten, zeigt sich immer wieder. Die Betroffenen geraten dadurch zusätzlich ins Visier der Paramilitärs.

**Im Namen der sozialen Bewegungen, die in Kolumbien für Mitbestimmung und gegen Repression kämpfen, danken wir Ihnen für Ihre Solidarität !**

## Campus-Hexen – Studentinnen in der Türkei gegen die Diskriminierung von Frauen



«Nein» zum autokratischen Erdogan-Staat.

Bild: Campus-Hexen

Benachteiligungen als Studentinnen, Anmache und Übergriffe, aber auch ganz alltägliche Probleme, wie verschmutzte Toiletten auf dem Campus – die Antwort türkischer Studentinnen heisst Campus-Hexen. Vor vier Jahren haben sich Frauen zusammengeschlossen, um gemeinsam gegen diese Probleme anzukämpfen. Heute sind die Campus-Hexen in 13 Regionen der Türkei aktiv und an 25 Universitäten vertreten.

Diskriminierung im Unterricht, sexuelle Übergriffe

und Gewalt kann auch an den Universitäten sehr weit gehen. Kommt beispielsweise eine Frau abends zu spät ins Studentenheim, kann bei ihr ein Jungfräulichkeitstest angeordnet werden, dessen Resultat ihrer Familie mitgeteilt wird. Das kann zu Verstossung oder Ehrenmorden führen. Die Campus-Hexen setzen dem Aufklärung, Selbstverteidigungskurse und psychologische Begleitung entgegen.

Die Aktivitäten der Campus-Hexen beschränken sich längst nicht mehr auf die Universitäten. Die zunehmend konservativ-religiöse Politik in der Türkei trifft die Frauen in der ganzen Gesellschaft und verschärft die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern, was die Campus-Hexen mit Kampagnen und Strassenaktionen denunzieren und bekämpfen. Sie sehen sich als Teil der antirassistischen und antisexistischen Widerstandsbewegung gegen den autokratischen Erdogan-Staat.

Mit dem neuen, vierteljährlich erscheinenden Frauenmagazin «Feminerva» wollen die Campus-Hexen eine Plattform schaffen, um die feministischen, antirassistischen und antisexistischen Diskussionen vertiefter zu führen. Wie gross das Interesse daran ist, zeigt die Tatsache, dass für die geplante erste Nummer schon viel mehr Beiträge vorliegen, als Platz vorhanden ist. Feminerva ist eine wichtige feministische Initiative in der aktuellen Situation in der Türkei mit ihrer repressiven patriarchal-reaktionären Politik. Mit unserer Solidarität unterstützen wir den aktiven Widerstand von Frauen.

## Textilarbeiterinnen fordern höheren Mindestlohn und ein Ende der Repression

Im Dezember 2016 streikten in Bangladesch 10'000 ArbeiterInnen für einen höheren Mindestlohn. Die Repression der Regierung in Folge der Streiks war gross, viele GewerkschafterInnen wurden verhaftet, Gewerkschaftsbüros geschlossen und ArbeiterInnen entlassen. Inzwischen wurden die Verhafteten freigelassen und die entlassenen ArbeiterInnen wieder eingestellt. Die im Rahmen des Streiks erhobenen Klagen gegen GewerkschafterInnen und ArbeiterInnen bestehen aber weiterhin, und nach wie vor sind die in den Streiks erhobenen Forderungen nicht erfüllt worden.

Mittels einer Kampagne wollen Gewerkschaften nun dafür sorgen, dass die Streikforderungen von der Regierung und den Textilunternehmern nicht unter den Teppich gekehrt werden. Insbesondere geht es um die Erhöhung des Mindestlohns für TextilarbeiterInnen auf 16'000 Taka – das entspricht etwa 190 Schweizer Franken pro Monat – sowie um die Einhaltung der Gewerkschaftsrechte. Ebenso müssen die gegen die Streikenden erhobenen Klagen fallengelassen werden und repressive Strategien ein Ende haben.

## Noch kein Mindestlohn für Hausarbeiterinnen

Im Februar kam es in Südafrika zu einer Einigung zwischen Regierung, Unternehmen und Gewerkschaften über einen gesetzlichen Mindestlohn. Dieser soll am 1. Mai 2018 eingeführt werden und 20 Rand – umgerechnet 1.50 Schweizer Franken – pro Stunde betragen. Obwohl 91 Prozent der Hausarbeiterinnen und 85 Prozent der FarmerInnen heute deutlich weniger verdienen als den vorgeschlagenen Mindestlohn, wurden sie bei der Einigung bezüglich des Mindestlohns nur teilweise berücksichtigt. Bei der Einführung des Mindestlohns im nächsten Mai sollen die Hausarbeiterinnen mindestens 75 Prozent und die FarmerInnen 90 Prozent des gesetzlichen Mindestlohns erhalten. Über die folgenden zwei Jahre soll der Mindestlohn dieser beiden Berufsgruppen dann auf das nationale Niveau angehoben werden.

Einmal mehr werden jene, die unter prekärsten Bedingungen arbeiten, hinten angestellt. SADSAWU, die Gewerkschaft der Hausarbeiterinnen, ist deshalb mit dem Mindestlohn-Vorschlag nicht einverstanden. Aus diesem Grund wird die Gewerkschaft die Hausarbeiterinnen detailliert informieren und mit einer Delegation beim Arbeitsministerium vorsprechen und auf Verbesserungen pochen. Unterstützt wird sie dabei vom SOLIFONDS.

## Kriegsgeschäfte-Initiative jetzt unterschreiben!

Jährlich wird Kriegsmaterial im Wert von 400 Milliarden Dollar verkauft. Dabei spielt die Schweiz als einer der grössten und wichtigsten Finanzplätze der Welt eine fragwürdige Rolle. Alleine die Schweizerische Nationalbank investierte 2016 über 800 Millionen Franken in Atomwaffenproduzenten. Die Kriegsgeschäfte-Initiative verlangt eine rechtliche Unterbindung von Investitionen in die Rüstungsindustrie. Unterschriftenbögen liegen diesem Bulletin bei.

### Impressum:

Stiftung «Solidaritätsfonds für soziale Befreiungskämpfe in der Dritten Welt»

Redaktion:  
Sandra Julius, Urs Sekinger,  
Yvonne Zimmermann,

Druck: printoset, Zürich